

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in  
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten  
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57  
Winterfeldstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)  
Verlagspreis: 100 Mark pro Jahr Nr. 27/16

Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags • Bezugspreis  
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.  
Postzeitungsliste Nr. 3164

## Der Genossenschaftsgedanke und der Krieg.

Der Weltkrieg hat die Bedeutung der Organisation auch dem kurzfristigen Auge klargemacht. Besonders in Deutschland hat sich der organische Zusammenfluß gleichdenkender und gleichstrebender Menschen als ein wichtiges Mittel erwiesen, unser Volk über die Schwierigkeiten und Räte der schwereren Kriegszeit hinwegzubringen. Wenn wir trotz so vieler Feinde ringsum imstande sind, siegreich durchzuhalten, so trägt hierzu die Organisierung unserer Volksgenossen sehr wesentlich bei. Wir sehen hierbei von der militärischen Organisation, die so große Triumphe gefeiert hat, ab und berücksichtigen lediglich die wirtschaftlichen Organisationen.

Das Geheimnis einer jeden Organisation liegt bekanntlich darin, daß zahlreiche Menschen planmäßig und zielbewußt Hand in Hand arbeiten und so ihre Kräfte zu einer Einheit zusammenfassen, auf ein gemeinsames Ziel richten. Ein einziger Geist lebt in allen und macht den einzelnen zu einem vollwertigen Mitarbeiter, er schafft eine ganz neue, bisher unbekannte Massenkraft und bildet so ein Mittel, Aufgaben zu lösen und Ziele zu erreichen, die in der Vereinzelung unmöglich waren. Gerade der gegenwärtige Weltkrieg bietet uns den Beweis und das Beispiel, wie viel der Zusammenhalt vermag und wie wenig die zerplitternden Einzelkräfte zu großen Aufgaben der Zeit gerecht zu werden vermögen. Die großen zentralisierten Unternehmungen: Aktiengesellschaften, Syndikate, Kartelle, Liefermengenvereine usw., überwandern die Folgen der Kriegsfolgen und machen umfangreiche Geschäfte, während die Kleinwerbtreibenden in ihrer Vereinzelung dem Untergang nahegebracht wurden. Die gewerkschaftlichen Organisationen bestreiten als Helfer und Schützer ihrer Mitglieder und Vorgesetzten ungemein viel dazu beigetragen, die Kriegsnot zu lindern; die Genossenschaften, seien es Kredit- oder Konsumgenossenschaften, entfalten eine ungemein segensreiche Tätigkeit zum Wohl ihrer Mitglieder, und auch die seitens des Staates und der Gemeinden neu errichteten Wirtschaftsorganisationen haben viel Gutes geschaffen. Nur allein der Mittelstand hat bei allen diesen Dingen schlecht abgeblieben.

„Könnte dies so kommen?“ fragt Landesrat Professor Dr. Schmittmann Köln in einem interessanten Artikel der „Sozialen Aktion“ im Januarheft dieser Zeitschrift. „Könnten den Groß- und Kleinrentnern unermessliche Vermögensgewinne in den Schatz fallen und breite Schichten des Mittelstandes so schweren Schicksalen leiden, da doch die Aufträge der Kriegsverwaltung an sich so groß waren, zahllose Mittelstandsunternehmen mit Aufträgen zu versehen? Es wäre nicht so gekommen, wenn die Kleinwerblichen Berufsstände nicht eine Anzahl zerplitterter, sich beneidender, und bekämpfender Einzelrentner als geschlossene Einheiten dargestellt hätten, jede in ihrer Einheit ein Großunternehmen. Wäre also der Kleinwerbliche Mittelstand genossenschaftlich organisiert gewesen, so wäre er den Anforderungen des Krieges gewachsen gewesen. Er hätte teilgenommen an den Kriegsaufträgen, an den Kriegs-

gewinnen, und der Mittelstand wäre ungeschwächt aus der Schlacht des Krieges hervorgegangen. So ist der Krieg Lehrer und Erzieher. Er stellt das genossenschaftliche Problem in den Mittelpunkt des Interesses. Wenn wir den Einfluß, den der Krieg auf das Genossenschaftswesen gehabt hat, überdenken, um daraus die Lehren für die Zukunft zu ziehen, so ist uns heute schon klar: das Genossenschaftsprinzip muß viel mehr als bisher die Grundlage aller Mittelstandspolitik der Zukunft werden. Für den Mittelstand heißt es, entweder mit Hilfe des Genossenschaftswesens aufwärts zu gelangen, zur Teilnahme an den Vorteilen des Großbetriebes, oder ohne Genossenschaftswesen vom Großbetrieb erndtet zu werden und zur Bedeutungslosigkeit herabzusinken.“

Der Verfasser behandelt dann im einzelnen die verschiedenen Genossenschaftsarten und hebt besonders die Bedeutung der Konsumgenossenschaften für die große Masse des Volkes hervor. Er führt aus, daß durch die Verknappung der Lebensmittel die ärmeren Volksklassen in ungleich höherem Maße getroffen werden als die besserstellten Volksschichten. Es gelte daher erst recht für den Arbeiter und den ganzen unteren Mittelstand, genossenschaftlich gerüstet zu sein; nicht nur als Produzenten, sondern auch als Konsumenten seien die Unterschichten in hervorragender Weise am Wirtschaftsleben interessiert. Der Einfluß der Arbeiterschaft als Konsumentenmittler sei in Deutschland noch viel zu wenig ausgenutzt, er werde in dem Maße wachsen, als die Arbeiter zu genossenschaftlich organisierten Einkaufsmethoden übergehen. Mit der Steigerung der Löhne und Gehälter allein sei der Steigerung der Lebensmittelpreise auf die Lauer nicht beizukommen; darum müßten noch mehr als bisher Gewerkschaft und Konsumgenossenschaft die beiden Pole der wirtschaftlichen Arbeiterbewegung sein. Von entgegengelegten Enden, von der Einnahmen- und Ausgabe-seite her, müssen Gewerkschaft und Konsumgenossenschaft den Tunnel Arbeiterwohlstand durch den Berg der kapitalistischen Wirtschaftsordnung hindurchbohren.

Von besonderer Bedeutung ist der Genossenschaftsgedanke für den gewerblichen und händlerischen Mittelstand. Man hätte von der Landwirtschaft lernen können, wie der Krieg genossenschaftlich zu rüsten ist; ein großer Teil des gesamten Heeresbedarfs an Getreide, Heu, Arbeits- und Schlachtvieh wurde von den landwirtschaftlichen Genossenschaften geliefert. Demgegenüber steht das Kleingewerbe und der Kleinhandel ungerüstet da. So findet zum Beispiel das Kleingewerbe in den meisten Großstädten kaum noch Werkstätten zu erdwinglichen Preisen. Genossenschaftswerkstätten, die den Arbeitern größeren Lohn der Gesundheit bieten, den Meistern aber eine Verbilligung der Miete und eine Verbilligung der motorischen Kraft ermöglichen, sind ein dringendes Bedürfnis. Nach dem Kriege müssen genossenschaftliche Kleinwerkstätten nötigenfalls mit staatlicher und gemeindlicher Unterstützung errichtet werden.

„Die Schwierigkeiten, die sich nach dem Kriege zeigen werden,“ so schließt Brecher Dr. Schmittmann, „müssen nur überwunden werden, wenn die Heilsgewerblichen Berufsgenossenschaften sich enger aneinanderschließen, um in ihrer Fortsetzung ein Großunternehmen darzustellen und die Vorteile des Großunternehmens sich nutzbar zu machen. Eine engere Verbindung ist aber nicht nur erforderlich zwischen den Genossen des gleichen Berufs, sondern auch zwischen den aufeinander angewiesenen Berufen, unter Ausschluß der vertretenden Zwischenglieder, menten nebeneinander und Kleingewerke nicht zu genossenschaftlichem Zusammenstoß, der eine Einschränkung der Förderung erreicht, so dürfen sie sich nicht belagern, wenn die Genossen in ihrer Konsumorganisationsform über sie hinweggehen und direkte Verbindung mit dem Großunternehmer suchen. So eröffnen sich der freien genossenschaftlichen Tätigkeit neue große Aussichten. Die deutsche Genossenschaft ist die Organisationsform, die in ihrem Wesen hat bewahrt den reinen wirtschaftlichen Egoismus entgegenstellt, die nicht den Gewinn, sondern den Menschen in

den Mittelpunkt des Weltgeschehens stellt. Wästen die, die es angeht, die Grenzen der Zeit erschaffen und zerstören.“

Es ist erfreulich, die Worte eines in hervorragender Stellung tätigen Mannes über die Bedeutung des Genossenschaftswesens für das Wirtschaftsleben nach dem Kriege wiedergeben zu können. Sie sind ein neuer Beleg dafür, daß der Genossenschaftsgedanke durch den Krieg auch in streifen Eingang gefunden hat, die ihm früher gleichgültig oder ablehnend gegenüberstanden. Leider scheint es nicht, als ob die Mittelstandskreise sich in bezug auf ihre Stellung zu den Konsumgenossenschaften belehren lassen; denn sie wollen noch immer nichts davon wissen, trotzdem sie selbst die Vorteile des genossenschaftlichen Zusammenstoßes für sich in Anspruch nehmen oder nehmen wollen. Selbst genossenschaftlich organisieren und auch andere Leute sich organisieren lassen — das ist unser Wahlpruch. F. L. i. d. „Stonfungen. Mundichan“.

## Frauenarbeit während des Krieges.

Der Mensch der Kriegszeit nimmt willig neue Eindrücke auf und ordnet die neuen Erfindungen ebenso willig seinem Bewußtsein ein. So haben wir uns allmählich daran gewöhnt, die Frau in Berufen und Berordnungen erwerbend tätig zu sehen, die ihr sonst allmählich verstoßen waren und von denen man auch nicht glaubte, daß sie sich jemals der Frauenarbeit öffnen würden. Der auffälligste Ausdruck dieses Vordringens der Frauenarbeit ist wohl die Frau auf der Straßenbahn, wo sie heute den Dienst der Schaffnerin und Führerin versieht und uns darin immer aufs neue an den ungewöhnlichen Charakter des heutigen Wirtschaftslebens erinnert. Nicht so auffällig, aber volkswirtschaftlich noch bedeutender ist das Eindringen der Frauen in Erwerbsgebiete, die schon wegen ihrer Anforderungen an die Störverkraft stets als Gebiete ausschließlicher Männerarbeit galten. Der Bundesrat hat durch entsprechende Verordnungen den Weg dazu freigelegt. Wir sehen heute Frauen als Straßenarbeiterinnen an den Eisenbahnen, wir sehen sie wieder auf Baustellen, wo sie erst vor wenigen Jahren durch Gesetz ausgeschlossen waren, sie sind zu Tausenden in den Betrieben der Schwerindustrie beschäftigt, allein auf den strapaziösen Werken sollen gegen 5000 Frauen tätig sein.

Die vom „Reichsarbeitsblatt“ veröffentlichten Zahlen der versicherungspflichtigen Mitglieder der Krankenkassen geben uns einen Einblick in die Entwicklung der Frauenarbeit. Am 1. Januar 1915 hatten die berichtenden Stellen einen Gesamtbestand von 7 091 412 versicherungspflichtigen Mitgliedern, davon waren Männer 4 319 192, Frauen 2 772 220, d. h. von je tausend Mitgliedern waren 609 Männer und 391 Frauen. Am 1. November 1915 berichteten die Stellen über 8 159 306 versicherungspflichtige Mitglieder, wovon 4 458 116 Männer und 3 700 860 Frauen waren. Das Verhältnis bei je tausend Mitgliedern war jetzt also 547 Männer und 453 Frauen. Diese Zahlen sind allerdings nicht in jeder Hinsicht vergleichbar, da im Januar 5224, im November dagegen 2938 Stellen berichteten. So erklärt sich ja auch die beträchtliche Erhöhung der Gesamtmitgliederzahl, die in Wirklichkeit bei weitem nicht so groß ist, wie sie in diesen Zahlen erscheint. Zeht man bei den vergleichsbaren Stellenberichten die Zahl der im Januar 1915 versicherten Männer und Frauen je gleich hundert, so stellt sie sich im November bei den Männern auf 89,0, bei den Frauen auf 111,7.

Es braucht nicht erst hervorgehoben zu werden, daß diese Entwicklung — Abnahme der Männer- und Zunahme der Frauenarbeit — auf engste mit dem Kriege und seinen Wirkungen zusammenhängt. Das Einrücken der Frauen in Arbeitsstellen, die vordem von Männern besetzt wurden, ist heute einfach eine Notwendigkeit, gegen die kein Wort zu sagen ist. Wo acht oder mehr Millionen Männer der arbeitsfähigen Altersklassen der Volkswirtschaft entsprochen sind, war die Aufrechterhaltung des Wirtschaftsgetriebes gar nicht anders zu

erreichen. Nichtsdestoweniger hat diese Entwicklung ihre Gefahren. Die Entwertung der Arbeitskraft, die ohnehin schon eine Folge der Kriegswirtschaft ist, wird hierdurch noch weiter gefördert. Viele Arbeiten werden heute dadurch, daß sie von Frauen geleistet werden, schlechter bezahlt als früher. So erreichen z. B. die bei der Straßenbahn tätigen Frauen kaum die Hälfte des Verdienstes der früher beschäftigten Männer, obwohl sie die gleiche Arbeit leisten müssen. In der Industrie und insbesondere in der Industrie für den Seeresbedarf wird es nicht anders sein. Es behält schon ein beträchtliches Maß volkswirtschaftlicher Nützlichkeit dazu, darin einen Vorteil zu erblicken und die Beibehaltung der Frauenarbeit auch für die Zeit des Friedens zu empfehlen. So sonderbar das klingt, es fehlt in der Tat nicht an Stimmen, die sich in diesem Sinne aussprechen und gerade in der Billigkeit der Frauenarbeit ein Mittel sehen, um nach dem Kriege den wirtschaftlichen Wettbewerb wieder erfolgreich aufnehmen zu können. Mit deutlichen Worten sagte das kürzlich die „Deutsche Arbeitgeber Zeitung“, die in ihrer Nr. 10 folgende Ansichten äußerte:

„Wer mit einer billigen Arbeitskraft auskommen kann, dem soll man nicht zumuten, daß es aus Gründen, die innerlich höchst theoretischer Natur sind, seine Produktion verteuert. Die nationale Volkswirtschaft aber hat ebensowenig einen Vorteil davon, wenn eine leichte, durch Frauenarbeit gleich gut, wenn nicht viel besser zu beizugende Tätigkeit den Männern übertragen wird, bloß weil sie Männer sind! Wir werden nach dem Kriege noch manchen heftigen Kampf auf dem Weltmarkt anzufechten haben, und es wird uns hierbei nichts schaden, wenn wir unsere Herstellungskosten in verständiger Weise einschränken. Das kann aber zweifellos durch eine rationelle Verwendung der Frauenarbeit geschehen. Sehr gut. Die sozialistische Behauptung nämlich, daß die Frau, wenn sie für eine bestimmte Leistung nicht den gleichen Lohn bezieht wie der Mann, zu geringem Lohn erhält, wird in den allermeisten Fällen dahin unzutreffend sein, daß nicht die Frau zu wenig, sondern der Mann relativ zu viel erhält, wenn seine Arbeitskraft mit der betreffenden leichten Handhabung ausgefüllt wird.“

Ein solcher Standpunkt wagt sich an die Leichtigkeit! Man braucht sich nur einmal vorzustellen, wie es nach Friedensschluß auf dem Arbeitsmarkt aussehen wird. Die Seereschiffahrt mag bei der Entlassung der mobilisierten Männer das größte Maß an Zurückhaltung und Umsicht aufwenden, sie wird doch nicht verhindern können, daß es alsbald zu einer gewaltigen Ueberfüllung des Arbeitsmarktes kommen wird. Ist der Friede da, dann ist es aus vielen Gründen schlechterdings unmöglich, die Entlassung der Kriegsteilnehmer in die Länge zu ziehen. Das würde schon für die Stimmung der Soldaten und für die Zivilisten die allerbedenlichsten Folgen haben. Man muß bedenken, daß

miter Feldheer zu drei Vierteln aus verheirateten Leuten besteht, die schlichtest darauf warten, zu ihrer Familie zurückzukehren und deren Mutter von dieser nicht weniger schlichtest erwartet wird. Dann ist die Zurückhaltung der Kriegsteilnehmer aber auch eine Frage von erheblicher politischer und finanzpolitischer Bedeutung. Zieht beispielsweise der Friedensschluss die Mäntelung der besetzten Gebiete vor, so muß sie natürlich erfolgen, und es ist dann einfach unmöglich, die Millionen der dort stehenden Männer in den deutschen Kasernen und Truppenlagern unterzubringen, von dem finanziellen Interesse, das damit verbunden ist, ganz zu schweigen. Man wird gewiß Rücksicht auf die Frage der Arbeitsbeschaffung nehmen müssen; aber dieser Rücksicht sind ihre Grenzen gesetzt. Die Ueberfüllung des Arbeitsmarktes wird sich auf solchen Wege wohl ein wenig mildern und etwas verlagern, aber sie wird sich so nicht verhindern lassen.

Es kommt außerdem hinzu, daß mit Friedensschluss der größte Teil der heutigen Produktion für den Heeresbedarf eingestellt werden wird. Dem steht zwar andererseits die Abkehr der Kriegsgefangenen gegenüber; aber es kann nicht zweifelhaft sein, daß diese nicht im entferntesten einen Ausgleich für die Einstellung der Kriegsproduktion schaffen kann.

Darum kommt es vor allem darauf an, Arbeitsgelegenheit für die zurückkehrenden Familienväter zu schaffen. Je näher wir dem Frieden kommen, um so bedeutender wird diese Aufgabe. Es biete sie künstlich erschweren, wollte man versuchen, an der heutigen Frauenarbeit festzuhalten. Die Frauenarbeit von heute ist ein Notbehelf, den uns der Krieg aufzwingen hat; wir wollen nicht aus der Not eine sehr fragwürdige Tugend machen. Sein Grundfah von der Geschlechterteilung der Geschlechter kann es rechtfertigen, daß Frauen als Eudarbeiter mit Hade und Schanfe hanterten, daß sie in Stahlmehlen und Giebereien arbeiten, daß sie überhaupt die Arbeitsplätze füllen, während Hunderttausende arbeitsfähiger Männer vergeblich nach Arbeit suchen, um ihre Familie ernähren oder eine Familie gründen zu können. Die Zurückführung der deutschen Volkswirtschaft in die geordneten Bahnen der Zeit vor dem Kriege würde durch die Beibehaltung der heutigen Frauenarbeit nicht gefördert, sondern gerade verhindert werden. Die dann unvermeidliche große Arbeitslosigkeit der Männer müßte die Aufnahmefähigkeit des inneren Marktes vermindern. Die Konsumen; von Mann und Frau auf dem Arbeitsmarkt würde die Löhne drücken und dadurch einen Rückschlag in der Lebenshaltung der Massen zur Folge haben, der zum geraden Gegenteil dessen führen müßte, was die heutigen Befürworter der Frauenarbeit davon erwarten.

Wir dürfen uns freilich nicht verhehlen, daß die Erfahrungen mit der Frauenarbeit für viele Fabrikanten ein Anreiz sein werden, sie sich weiter nutzbar zu machen. Die Willigkeit verspricht zunächst größere Profite, und von dieser Aussicht werden sich viele Unternehmer locken lassen. Da aber schließlich die Nation nicht nur der Unternehmerprofite wegen da ist, so muß durch geeignete Mittel eingegriffen werden, um der hier drohenden Gefahr zu wehren. Die heutigen Erleichterungen für die Beibehaltung von Frauen müssen ihren Kriegskarakter beibehalten, sie müssen in dem Augenblick fallen, wo der Grund, der sie herbeiführte; der Mangel an männlichen Arbeitskräften, fallen wird. Darüber hinaus aber bleibt zu erwägen, was gegen die volkswirtschaftlich schädliche Ausbeutung der Frauenarbeit zu tun ist, die durch die bisherige Gesetzgebung nicht getroffen wird.

H. Winzig.

Jede Erweiterung der Machtstellung Rußlands auf der Balkanhalbinsel ist eine schwere Schädigung der Interessen Deutschlands und zugleich eine Gefahr für die gesamte westeuropäische Kulturentwicklung. Es ist eine Hauptaufgabe der deutschen Politik, den Bestrebungen Rußlands nach Machterweiterung auf der Balkanhalbinsel mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten.

Rebel, 1886.

## Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1914.

Mit Ausbruch des Krieges im Jahre 1914 fanden die wirtschaftlichen Kämpfe einen unerwarteten Abschluß. Von den Vorständen der Zentralverbände wurde der Abbruch aller Lohnbewegungen und Streiks als selbstverständlich angesehen. Etwas später trafen die Vorstände in einer Konferenz eine Vereinbarung, nach der mehr als fünf versucht werden müßte, Differenzen durch Verhandlungen beizulegen und Angriffsstreiks nur in dringenden Fällen zu genehmigen seien. Trotzdem waren Kämpfe nicht ganz zu vermeiden, verschiedenlich mußten sich die Arbeiter gegen eine beabsichtigte Verschlechterung der Arbeitsbedingungen durch die Unternehmer wehren. Immerhin ist die Zahl der Streiks und Aussperrungen mit Kriegsausbruch bis Ende des Jahres 1914 sehr gering. Die amtliche Streitstatistik verzeichnet 24 Streiks mit 1126 streikenden Personen, und zwar 17 Angriffs- und 7 Abwehrstreiks. Man legt auch die Statistik über die der Generalkommission angehörenden Verbände vor. Diese Statistik berichtet über 16 Kämpfe, die nach Kriegsausbruch bis Ende 1914 stattfanden, an denen 1065 Personen beteiligt waren. Von diesen Kämpfen waren 5 Angriffsstreiks, 9 Abwehrstreiks und 2 Aussperrungen. Es handelt sich bei diesen von zwei verschiedenen Seiten gemachten Angaben jedoch nicht um die gleichen statistisch erfaßten Kämpfe. Within in die Zahl der wirtschaftlichen Kämpfe in den ersten fünf Kriegsmontaten erheblich größer, als sie durch die eine oder andere Statistik ausgewiesen ist. Nur 2 von den in der gewerkschaftlichen Statistik verzeichneten Kämpfen konnten, verglichen nach dem Ort und der Gewerkschaft, auch von der amtlichen Statistik erfaßt worden sein. Darunter befindet sich auch eine Aussperrung in einer Papierfabrik zu Düsseldorf, die, was besonders bemerkenswert ist, in der amtlichen Statistik als ein - Angriffsstreik erscheint. Dieser Fall beweist aufs neue, daß eine Streitstatistik, die sich einseitig auf die Behauptungen der Unternehmer aufbaut, keine wissenschaftlich einwandfreie Uebersicht über die wirtschaftlichen Kämpfe geben kann.

Da im Jahre 1911 in der Hauptstadt nur 7 Monate für die Führung wirtschaftlicher Bewegungen und Kämpfe in Betracht kommen, so lassen diese nach Zahl und Umfang natürlich weit hinter den Eigenschaften der früheren Jahre zurück. Vergleiche der Zahlen des Verlaufsjahres mit denen der Vorjahre sind deshalb nicht angebracht.

Es fanden insgesamt statt 1566 Bewegungen ohne und mit Arbeitsunterbrechung, an denen 263.040 Personen beteiligt waren. Das Jahr 1913 wies dagegen 1972 Bewegungen mit 1.214.523 Beteiligten auf. Die gesamten Bewegungen des Jahres 1914 erstreckten sich auf 355 Orte und wurden davon 2624 Betriebe mit 603.120 darin beschäftigten Personen betroffen. Es endeten von den Bewegungen 1169 mit 294.065 Beteiligten erfolgreich, 843 mit 100.253 Beteiligten teilweise erfolgreich und 554 mit 55.901 Beteiligten erfolglos. Von 9 Kämpfen blieb der Ausgang unbekannt. Durch die Bewegungen erzielten insgesamt 297.600 Personen einen Erfolg durch eine Verbesserung oder durch die Abwehr einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Es wurde erreicht für 50.827 Personen eine Arbeitsunterbrechung von zusammen 139.186 Stunden pro Woche und für 195.293 Personen eine Lohnerhöhung von insgesamt 360.818 Mk. pro Woche. Sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen wurden für 102.496 Personen erzielt. Abwehrt wurde für 7294 Personen eine beabsichtigte Arbeitszeitverlängerung von insgesamt 23.721 Stunden und für 29.274 Personen eine Vorschüfung von insgesamt 78.83 Mk. pro Woche. Nur 10.92 Personen konnten sonstige Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen zurück weisen werden. 713 Personen mußten sich eine Arbeitszeitverlängerung von insgesamt 2072 Stunden, 1298 eine Lohnsenkung von insgesamt 4301 Mk. pro Woche und 49 sonstige Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen gefallen lassen. Darüberhinaus wurden im Anschluß an diese Kämpfe in 1978 Fällen für 146.97 Personen abgeschlossen. Die gesamten Ausgaben für die Kämpfe betragen 4.907.877 Mk. Von den 1566 Bewegungen wurden 217 = 14 Proz. mit 266.359 Beteiligten auf friedlichem Wege erledigt. Von diesen Bewegungen hatten 265 mit 100.075 Beteiligten einen vollen und 617 mit 83.303 Beteiligten einen teilweisen Erfolg. 190 Bewegungen mit 22.981 Beteiligten blieben erfolglos. In 2712 Fällen hatten eine Arbeiterbewegung. In 1109 Fällen = 29 Proz. kam es zu Arbeitsunterbrechungen, von denen insgesamt 96.081 Personen darunter 14.179 weibliche, betroffen wurden. Von diesen Kämpfen waren 776 = 55,1 Proz. Angriffsstreiks, 117 = 9,7 Proz. Abwehrstreiks und 110 = 8,2 Proz. Aussperrungen.

Während sich der Anteil der Streiks an den Gesamtkämpfen gegen das Vorjahr um 4,8 bzw. 3,4 Proz. erhöhte, ging der der Ausperrungen von 16,1 auf 8,2 Proz. zurück. Von den an der Arbeitseinstellung beteiligten Personen kamen 38.948 auf die Ausperrungsstreiks, 29.823 auf die Abwehrestreiks und 27.912 auf die Ausperrungen. Gewessen an der Zahl der Fälle waren die Ausperrungen erheblich umfangreicher als die Streiks. Von den 1409 Kämpfen endeten 810 = 57,5 Proz. mit 41.860 Beteiligten erfolgreich und 594 = 42,5 Proz. mit 33.010 Beteiligten erfolglos. Der Ausgang der Kämpfe ist erheblich ungünstiger als 1913, wo nur 19,5 Prozent derselben erfolglos blieben, während 63,8 Proz. erfolgreich und 16,6 Proz. teilweise erfolgreich waren. Das ungünstigere Verhältnis im Jahre 1914 ist auf den Kriegsausbruch zurückzuführen. Es mußten damit 122 Kämpfe resultatlos abgebrochen werden, die im weiteren Verlaufe wohl zum erheblichen Teile noch zu einem Erfolge geführt hätten. Es erforderten die Kämpfe eine Ausgabe von 17.984.73 Mk. An den Kämpfen des Jahres 1914 war das Holzgewerbe am hervorragendsten beteiligt. Nachdem folgt die Holzindustrie, die Metallindustrie. Erwähnung verdient eine Ausperrung in der Lausitzer Textilindustrie, von der der Textilarbeitersverband mit 15.325 Personen betroffen wurde. Bekanntmachung in dieser Ausperrung war ein Angriffstreik in Reuthe. Die Ausperrung währte 13 Tage und fand durch den Ausbruch des Krieges einen für die Arbeiter erfolglosen Abbruch. Im Verhältnis zu ihrer Mitgliederzahl waren die Verbände der Steinarbeiter und Zementarbeiter in umfangreiche Kämpfe verwickelt.

Wie in den früheren Jahren, so entfällt auch im Jahre 1914 der erhebliche Teil der Erfolge auf die friedlich verlaufenden Bewegungen. Es hatten durch die Kämpfe insgesamt 62.994 Personen einen Erfolg. Es wurde erreicht für 9052 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von insgesamt 21.760 Stunden pro Woche, für 33.392 Personen eine Lohnerhöhung von insgesamt 73.857 Mk. pro Woche und für 21.257 Personen eine sonstige Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Abgelehnt wurde für 1132 Personen eine Arbeitszeitverlängerung von insgesamt 1120 Stunden pro Woche, für 12.338 Personen eine Lohnsenkung von insgesamt 29.938 Mk. pro Woche und für 17.760 Personen eine sonstige Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. In 354 Fällen kam es zum Abschluß von Tarifverträgen für zusammen 25.454 Personen.

Der Krieg hat manche Ansichten über den Kampf geübt und insbesondere den gewerkschaftlichen Organismen, ihren Bestrebungen, ihrer Fürsorge für die Kämpfenden, ihrer Disziplinierung der Arbeiterschaft, ihrer kulturfördernden Tätigkeit Anerkennung von fast allen Kreisen in der Staatsoberorganisation gebracht. Mit dieser Anerkennung werden jedoch die wirtschaftlichen Gegensätze zwischen Unternehmern und Arbeitern nicht aufgehoben. Sie werden fortbestehen. Der Ausweg dieser Gegensätze muß jedoch nicht notwendigerweise in der gleichen Form und mit den gleichen Mitteln sich vollziehen, als es bisher geschehen ist. Voraussetzung ist, daß den Gewerkschaften ein Mitspracherecht beim Abschluß des Arbeitsvertrages eingeräumt wird und das Koalitionsrecht der Arbeiter in den Reichs- und Staatsbetrieben volle Anerkennung findet. Für die Gewerkschaften ist diese Anerkennung vorwiegend erforderlich. Wird sie ihnen nicht auf Grund der Erfahrungen, die man mit ihnen während der Kriegszeit gemacht hat, zuteil, so müssen sich die Gewerkschaften diese Anerkennung in der gleichen Weise wie bisher zu erkämpfen suchen.

## Kriegsbriefe

**Stellungskampf im Eien.** Kollege Schmucker - Frankfurt am Main, der nach längerem Schutzengrabenleben in Frankreich eine Weile in der Heimat zubringen konnte, ist seit einiger Zeit in den russischen Gefilden. Darüber berichtet er ausführlich in nachfolgendem vom 11. Januar 1916: „M. M. E. Im Westen kam Tag über einen Haufen von Geschossen, hier wochenlang keine Stille und Ruhe. Wohlten wir jenseits unserer westlichen Grenze unsere Erde mit Gestein und Schrapnell vermauern. Ich kam eine eiserne Grube, daß dies am Tage vorboten ist. Hier ungeliebtes Arbeiten, nur den Kopf halb im Graben lassen. In Frankreich wurden wir ausgeladen, kamen in den Schutzengräben und konnten weiter nichts zu sehen als Freidieselken, den Himmel und Soldaten. Hier warhieren wir durch Töcher, hatten uns darin auf und lernen Land und Leute kennen. Schön ist dieses Leben, trotz seines unheimlichen Moroses und seiner schrecklichen Begierkämpfe. Aus seinem fruchtbarsten Boden spricht herrliches Getreide. Ganz wach in überreichem Maße, und die Aaroffel kommt zu recht zur Geltung. Dabei sind große Weidenfläßen vorhanden, an denen die Hand des Bauern nichts arbeitet,

weil es unmöglich ist, dieses große Land zu bearbeiten. Dazu mangelt es an Arbeitskräften, und was von großer Bedeutung ist, an Transportmöglichkeiten fehlt es. Eisenbahnen sind wenige vorhanden. Wenn ich an meine erste Schutzengrabenstellung denke und in Gedanken berichte die weite, weite Fläche in der goldenen Chloerform betrachtete, da kam mir unwillkürlich in den Sinn: welche kulturelle Aufgabe könnte hier gelöst werden, wenn die Kriegskosten von einem einzigen Tage verwendet würden, um Eisenbahnen zu bauen, damit in den Städten die Utragnisse dieses herrlichen Bodens abgebaut werden könnten. Aber die von Vorkasse einst geringe Genugtuung des deutschen Arbeiters tritt hier noch viel mehr in Erscheinung. Die meist zahlreiche Familie des Bauern kampiert in Lehmhütten, deren innere Einrichtung von furchtbarer Einfachheit ist. Ein Tisch, eine Bank, etliche Stühle und einige selbst zusammengewackelte Bretter, die als Betten dienen, das ist das gemütliche Heim des Bauern. Doch nein, etwas habe ich noch nicht erwähnt: das sind die vielen Heiligenbilder, die meist dicht gedrängt an die Wände hängen. Geisteslos, jedes Minimum entbehrlich, Bilder, wie sie in Klaffen beigeleitet werden, werden christlichvoll von der Familie betrachtet und angebetet. Mühte ich da in einem verlassenem Hause, der Besitzer wohnte weiter unten im Dorfe, einige Bretter von der Decke lösten zum Gebrauch im Schutzengraben. Das Haus war leer bis auf die Heiligenbilder, die es wohl beschützen sollten. Der Bauer kam dazu, und alles Bitten und Troben, das Haus doch zu schonen, mußte nichts. Da griff er zum letzten Mittel, er rief die Heiligenbilder zum Schutze an. Wenn hätte ich ihm erklärt, daß der unerbittliche Krieg auch das Heilige vernichtet und nur die Gewalt das Wort hat. Er ging fort. Ob seine Gedanken nicht darauf kamen, daß Wissen im weit niedrigerer Kostor ist? Ich glaube es nicht. Auch hier kann nur die Aufklärung von Generation zu Generation der Menschheit helfen, daß auch sie das Recht habe, das Leben lebenswert zu gestalten. Möge dieser schreckliche Krieg in diesem Sinne wirken. Noch eine Erinnerung tritt zutage, die gerade nicht zum Vorteil dieser armen Bevölkerung spricht. Handel und Gewerbe haben die Juden in der Hand. Will der Bauer etwas kaufen, dann geht er in die nächste Stadt und er muß zum Juden. Will er etwas verkaufen, dann wird er es wieder nur beim Juden los. Weht der Bauer zu Gesicht, dann hat er es wiederum mit diesen Leuten zu tun. Alles in allem: für ihn keine vorteilhafte Lage. Die in dem Operationsgebiet liegenden Erdschichten sind zum größten Teil geräumt, weil die Kriegsverwaltung kein allzu großes Vertrauen in die Einwohnerlichkeit setzt. Leben doch die Rutenen in dem Jaren obersten Kirchenherren, der nicht bekämpft werden darf. Muß ein solcher Ort geräumt werden, dann tritt es Tränen. Aber was dem einen Leid ist, ist dem anderen keine Freude. Künstlich alles löst sie nicht anzunehmen, und Hubner und Hufen wandern in die Schutzengräben, um ein Opfer des Weltkrieges zu werden. Jedoch auch wir müssen öfter wandern. Hat man sich einmal etwas häuslich in Winter Erde eingerichtet, dann heißt es eine andere Stellung beziehen und die Arbeit beginnt meist wieder von vorn. Das ist ärgerlich, aber nicht zu ändern. Diesmal ging es ungefähr acht Kilometer unterhalb der Strova, direkt in das Tal der Strova. Auch hier konnte man das Auge an der Schönheit der Natur erfreuen. Die Strova ist ein träge dahinstreichendes Flüsschen, stellenweise sehr schmal, dann wieder breite Seen durchstreichend. Vor uns liegt ein derartiger See. Der Fluß ist sehr schnell und doch liegt das jenseitige Ufer 600 Meter entfernt. Schiff und Dampf machen das Flüsschen breit und geben dabei ein Hindernis ab, das gefahrlos ist als die besten Stachelstacheln. Hier ist die Vogelschicht sehr stark vertreten, besonders Wärdern, welche Gänse und Wasserhühner treiben ihr Spiel. Manche Wärdern wurde am Tage von unserer Stellung aus geschossen und des Nachts geholt, denn die Küher liegen am anderen Ufer, und am Tage konnte man leicht das Schicksal der Enten teilen. Nicht lange konnten wir in dieser Stellung bleiben. Es war am 31. Oktober, da fing die russische Artillerie mächtig zu schießen an. Am anderen Tage sah sie in einem Teile unserer Gräben. Unter dem Schutze ihrer sehr starken Artillerie und unter dem verächtlichen Feuer der unfernen schießen sie über einen 500 Meter breiten See hinüber und kamen in unsere Gräben. Aber sie sollten sich nicht lange des Glückes erfreuen. Raich kam Verstärkung herbei, auch wir, die vor 3 bis 4 Kilometer vom Tätigkeitsfelde entfernt lagen, mußten herbei und ein Kampf begann, der wohl an Heftigkeit dem in Klandern nichts nachgab. Zwölf russische Reamenten brachten gegen uns an, und es waren nicht die schrecklichsten, die sie uns geschickt hatten. Von hier aus sollte der Durchbruch gelingen, wie es laut Armeebefehl des russischen Oberkommandos hieß. Aber auch von uns wurden die besten Truppen aufgeboden, und die Gräbe zeichnete sich ganz besonders aus. Aber auch die österreichische Donbndivision schickte sich hier zu zeigen. Was hier an persönlichem Opfermut geleistet wurde, das kann die Feder nicht beschreiben. Wenn die Geschütze einst geschrien wird, da werden die Soldaten von Zimfensee einen ehrenvollen Platz einnehmen. Am 1. November dachten wir, nun ist auch dieser Sieg unser. Wir gingen zurück, um unsere leiblichen Verdienste wieder einmal betriebligen zu können. Da kam plötzlich der Befehl, die Russen sitzen noch auf dem linken Flügel der es

arbeiten Stellung, die müssen heraus. Unserer Kompanie wurde er Auftrag erteilt, zu stürmen. Um 5 Uhr abends sollte der Sturm beginnen. Um 1 Uhr setzte die österreichische und unsere Artillerie ein. Wir lagen still vor einer Anhöhe. Pöchtig kurz vor 5 Uhr erfolgte der Angriff. Die Russen kommen, und schon waren wir auf der Anhöhe. Was sehen wir? Mehr 600 Russen kommen ihre Waffen, Feder schwenkend, auf uns zu, und lachend und weinend, mit Akadenspringen vermenat, gingen sie in die Gewerkschaft. Nachdem die Reihen geordnet waren, konnte man an den Gesichtern eine gewisse Zufriedenheit lesen, und der Gewalt, nun führt ihr Krieg weiter, mag wohl vorhergehend gewesen sein. Nachts wurde dann noch einmal der Ort Symphonie besucht und damit war der Kampf an dieser Stelle, der den Namen 5000 Mann Verluste brachte, beendet. Wir gingen wieder in Stellung, und nicht lange, da mußten wir den Kampf aufnehmen mit einem Gegner, der hier gewaltig ist, das ist der Winter mit seinen Schneestürmen. Noch stehen wir mitten drin. So lange der Winter der Gewalten trotzt, nehmen wir auch diesen Kampf auf. Die Gedanken an unsere Lieben, an die heimliche Erde und an die erstickten Frieden lassen den Menschen Taten vollbringen, die geradezu ungläublich sind. Wohin wir bliden, Kampf. In diesem Kampfe erkennen wir so recht die Kraft, die in uns wohnt. Und diese Kraft wollen wir, wenn der Friede kommt, und der muß kommen, behalten und für uns verwenden, nicht mit dem Schwerte in der Hand, sondern durch Klarsicht dafür sorgen, daß der Menschheit in Zukunft ein besseres Los beschieden sei. Da darf keine Spaltung der Partei unsere Kraft zerplittern, denn gegenseitig wollen wir weiter vorwärts dringen, bis der Völkervereinigung uns das ersehnte Ziel bringt. In diesem Sinne sende ich dir und allen Kollegen herzliche Grüße!

• **Rus den Stadtparlamenten** •

**Kriegs-Teuerungszulage.**

**Hof I. W.** Auf unsere Eingabe vom 1. Dezember an den Reichsmagistrat, den nächsten Arbeitern die bis dahin geltende Teuerungszulage in angemessener Weise zu erhöhen, hat das Gemeinderatskollegium am 1. d. M. dem Magistratsentscheid mit keiner Verbesserung zugestimmt. Die Teuerungszulage sieht jetzt wie folgt aus: Unter Einziehung der bisherigen Zulage von 2 Pf. werden jetzt pro Monat an Ledige und Verwitwete ohne Kinder 6 Mk. für Beamtente, die einen Hausstand führen, 7 Mk. für Bekehrer ohne Kinder 8 Mk., mit 1 bis 2 Kindern 10 Mk., mit 3 bis 5 Kindern 12 Mk. und über 6 Kindern 14 Mk. Teuerungszulage gewährt. Bei früherem Austritt soll eine Teilzahlung der Zulage erfolgen. Von einer „angemessenen“ Erhöhung kann man gerade nicht reden! Erhalten doch die Ledigen nicht einen Pfennig mehr gegen früher. Ebenso die amtliehenden Frauen nur ein Geringes; drückt nicht die anormale Preissteigerung, die noch Staatssekretär Dr. Delbrück „höchstens“ 58 Prozent beträgt, auch auf diese unglücklichen? Alles in allem genommen, zumindest in Hinblick auf die Familien mit größerer Kinderzahl, ist eine Verbesserung, und die Kollegen müssen einsehen, daß nur unangenehm und Gefährlichkeit uns weitere Erfolge erhoffen läßt!

**Schwabach.** Die Gemeinderatskollegien haben jetzt folgende Beschlüsse gefasst: 1. Teuerungszulage wird bis zu 2000 Mk. gewährt. 2. Ledige erhalten pro Tag 15 Pf. 3. Bekehrer erhalten pro Tag 10 Pf. 4. Für jedes Kind unter 15 Jahren pro Tag 5 Pf. Der Bescheid hat rückwirkende Kraft bis 1. November 1915. Die Woche wird zu 7 Tagen gerechnet. Der Erhöhung der Teuerungszulage soll bei der Stadtsitzung gedacht werden.

• **Rus unserer Bewegung** •

**Ghemmitz.** Unsere Generalversammlung vom 22. Januar ehrte in der üblichen Weise das Ableben von 34 Kollegen. 28 davon waren im Jahre 1915 den Tod auf dem Schlachtfeld gefunden. Kollege Hantsch gab den Massenbericht vom 4. Quartal, umfange 529,02 Mk., Ausgabe 733,07 Mk., Sterbendenunterstützung 190 Mk., Krankenunterstützung 180,50 Mk., Weihnachtsunterstützung 1065 Mk., mitbin bleibt ein Massenbestand von 2063,95 Mk. Der Vorsitzende berichtete sodann über das verlossene Geschäftsjahr. Dasselbe war ein schweres und arbeitsreiches; es brachte doch einige Verbesserungen mit sich. Die Wahlen ergaben den alten Vorstand wieder. Die Revisionen wurden neu gewählt. Kollege Hantsch forderte die Kollegen auf, der Gewerkschaft in dieser so schweren Zeit erst recht Treue zu bewahren.

**Freiburg i. Sa.** Am 21. Januar tagte in Müllers Restaurant unsere Generalversammlung. Der Vorstand erbat die im Felde gefallenen Kollegen in üblicher Weise und erstattete dann den Jahresbericht. Er betonte dabei, daß der Krieg, abgesehen von den Verurteilungen, keinen Einfluß auf den Mitgliederstand ausübt. Auch jetzt konnte durch eine Einnahme erzielt werden, daß für die beim Stadtmagistrat beschäftigten Arbeiter der Sommerlohn auch im Winter weitergezahlt wird. Sodann gab der Kassierer den

Quartalsbericht, welcher folgendes Bild zeigte: Einnahme inkl. Bestand 1035,79 Mk., Ausgaben 136,11 Mk. Die Jahreseinnahmen betragen 2043,06 Mk., denen Ausgaben von 490,77 Mk. gegenüberstehen. In der Kassa bleibt ein Bestand von 432,11 Mk. Masse und Geschäftsführung wurde in Ordnung vorgefunden. Die Vorstandsrahl zeitigte die Wiederwahl sämtlicher Vorstandsmitglieder. Man kam auf die Kassafrage zu sprechen, und man einigte sich, daß jetzt Müllers Restaurant als Versammlungsort bleiben soll. --

**Freiburg i. Br.** Den Kollegen zur Kenntnis, daß das Krankengeld nur noch Sonntags von 10-12 Uhr vormittags erhoben werden kann, ebenso ist es mit der Abrechnung der Unterstafierer.

**Gießen.** Ein merkwürdiges Urteil fällt vor einigen Wochen das eingesezte Schiedsgericht (Gewerbegericht). Der Sachverhalt ist folgender: Ein Arbeiter, welcher 1 1/2 Stunde von der Arbeitsstätte (städtisches Gaswerk Gießen) entfernt wohnt, erhielt, wie er abends, am 25. September, nach Hause kam, die Verladung zur Musterung für den 27. September. Demzufolge ging der Arbeiter am Sonntag, den 26. d. M., nach Gießen, um seinem nächsten Vorgesetzten V. Mitteilung zu machen, daß er am nächsten Montag an der Arbeit verhindert sei. Dies entspricht auch dem § 10 der Arbeitsordnung. Der § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ist leider in der Arbeitsordnung außer Kraft gesetzt. Dafür ist aber im § 33 der Arbeitsordnung die Bestimmung aufgenommen, daß, wenn jemand durch Kontrollversammlung, Musterung usw. an der Arbeit verhindert ist, er diese Zeitverräumnis bezahlt erhält. In diesem Falle ging ein ganzer Arbeitstag verloren und es mußte also fahrgangemäß der tägliche Arbeitsverdienst (4,20 Mk.) an den Arbeiter ausbezahlt werden. Allein es kam anders. Der Herr Direktor hat nach in einem von ihm verfügten Aufschub die Bestimmung aufgenommen, daß jeder, welcher unvorhergesehen an der Arbeit verhindert ist, ihm persönlich davon Mitteilung zu machen hat. Das ist eine Bestimmung, welche sich mit der von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Arbeitsordnung nicht deckt. Nach langem Hin und Her war es nicht möglich, den Lohn für den Arbeiter zu erwirken. Es wurde das Schiedsgericht angerufen. Dasselbe wird gebildet durch den Vorsitzenden des Gewerbegerichts und Beisitzern, welche für den betreffenden Monat ausgesetzt sind. Dieses entschied nun in ganz merkwürdiger Weise zugunsten der Stadt und damit zum Nachteil des Arbeiters. Der § 10 der Arbeitsordnung wurde nicht gewürdigt. Es scheint dem Gericht wohl noch nicht zu genügen, wenn ein Arbeiter an einem Sonntag, also für ihn freien Tag, drei Stunden sperrt, um seinen Verpflichtungen, welche die Arbeitsordnung ihm auferlegt, nachzukommen. Er soll den Herrn Direktor auch noch persönlich aufsuchen. Ist es schon sehr bezeichnend für eine Kommune, wenn sie den § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs außer Kraft setzt, wodurch die Arbeiter benachteiligt sind, um so bedauerlicher erscheint es, wenn sich ein Gericht findet, das in einem solchen Falle zugunsten des Arbeiters entscheidet. -- Was die Arbeitsverhältnisse auf dem Gaswerk sonst anbelangt, so sind es gewiß nicht die besten. Die Klagen von Arbeitern und kleinen Beamten mehren sich in bedenklicher Weise. Es wäre nötig, daß die Stadtverordneten sich etwas mehr um den Betrieb kümmern, damit eine allzu große Willkürherrschaft dort nicht aufkommt. An die in diesem Betriebe beschäftigten Arbeiter möchten wir aber die dringende Aufforderung richten, sich zu organisieren, denn nur eine starke Organisation kann hier Änderung schaffen. Die Organisation ist das einzige, wodurch jeder Willkürherrschaft ein Ende bereitet werden kann.

**Salle a. S.** Am 22. Januar fand unsere Generalversammlung in der „Wohlenen Aette“ statt. Der Kassierer gab Aufschub über unsere Eingabe und über die Nichtbezahlung der Weihnachtsfeierstage. Hierauf erstattete der Vorsitzende den Geschäftsbericht und erstattete in kurzen Zügen die Tätigkeits vom April ab. Auch er kam auf die Eingaben zu sprechen, welche im Laufe des Jahres an die städtische Verwaltung abgegangen sind. Unsere Mitgliederzahl beträgt zurzeit 151 männliche und 9 weibliche. Es ist erforderlich, in diesem Jahre rege Agitation zu treiben und unsere Mitgliederzahl zu stärken. An der sich anschließenden Debatte beteiligten sich mehrere Kollegen, u. a. auch Kollege Saucha r d l Leipzig. Die Abrechnung vom 4. Quartal erstattete der Kassierer: Einnahmen inkl. Bestand 1890,07 Mk., davon an den Hauptvorstand für das 4. Quartal in Leistungen 1080 Mk., in bar 21,73 Mk., Ausgabe der Aktive 390,15 Mk., bleibt ein Massenbestand von 305,99 Mk. Die Masse ist geprüft und für richtig befunden worden und wurde dem Kassierer erstattet. Auf Wunsch der Versammlung wurde der alte Vorstand für das Jahr 1916 einstimmig wiedergewählt. Unter „Gesellschaftliches“ erörterte ein Kollege nochmals die Nichtbezahlung der Weihnachtsfeierstage und wünschte, daß sich hierüber die Stadtverordneten mit dem Magistrat aussprechen möchten. Auch eine Beschwerde der Friedhofsbewerber ist verurteilt. Da die Stadt die zehnjährige Arbeitszeit bewilligt hat, so wäre es recht und billig, auch die Friedhofsbewerber während dieser Zeit zu beschäftigen oder doch hierfür zu bezahlen und nicht, wie bis jetzt, für neun Stunden. Es ist schwer, in dieser schweren Zeit mit dem Gelde auszukommen. Kollege Saad brachte dann einen Antrag ein zwecks einer Ertrahener von 1 Mk. für das erste Quartal 1916 und erläuterte denselben folgendermaßen: Durch den mörderischen

Arbeits ist auch unsere Arbeit schwer in Mitleidenschaft gezogen worden. So waren wir genötigt, um unsere Arbeitsverhältnisse auszusöhnenliche Weltmarkten:restitutionsmaßnahmen zu lassen, einen Zuschlag für die Hauptkosten aus unserer Kasse zu bewilligen. Auch in diesem Jahre wurden übermalt 100 Mk. bewilligt, so daß wieder Unterhaltungsstoffe erheblich geschwächt ist. Um nun diese Gelder wieder etwas zu sammeln, hat der erweiterte Vorstand beschlossen, für das erste Quartal 1916 eine Ertragssteuer von 1 Mk. und zwar wöchentlich zu 10 Pf. zu erheben. Der Antrag wurde zur Debatte gestellt und beteiligten sich hierzu mehrere Kollegen. Der Antrag wurde dann einstimmig angenommen. Es lief dann noch ein Antrag ein wegen Erhöhung der Verhörmatter auf 20 Pf. Der Antragsteller begründete denselben, indem er ausführte, daß schon des Höheren Unterhaltungsbedürfnisse gemacht wurden, auch in einem Falle schon bewilligt seien. Aus diesen Gründen wurden die Kollegen auch dieses Schwerförmern gern tragen. Dieser Antrag wurde auch zur Debatte gestellt und beteiligten sich abermals mehrere Kollegen, daran, worauf er einstimmig angenommen wurde. Der Vorsitzende schloß mit dem Wunsch der wegen Vertagung zur Gewinnung neuer Mitglieder die gut besuchte Versammlung.

**Sagen i. W.** Am 30. Januar tagte eine öffentliche Versammlung im „Frankfurter Hof“. Gastgeber wurde Herr Tüschel sprach über: „Die wirtschaftlichen Verhältnisse der hiesigen Arbeiter und Erziehung einer Feuerungszulage“. In dieser Versammlung waren sämtliche Stadtverordneten eingeladen, jedoch hatten nur die sozialdemokratischen Stadtverordneten der Einladung Folge gegeben. Über 100 hiesige Arbeiter waren außerdem Mitte gefolgt. Kollege Bucher behandelte die Lohnverhältnisse der hiesigen Arbeiter in Sagen. Der Lohn beträgt in fast allen Betrieben 40 bis 15 Pf. die Stunde. In diesem Stundenlohn kommen 2,50 Mk. im Monat Feuerungszulage für Ledige und Verheiratete und für jedes Kind weitere 2,50 Mk. In letzter Zeit ist der Preis für auch auf die Christen der Arbeiter erweitert worden. Tag bei diesen sehr nicht ausgenommen ist, konnte der Meistert an der Hand eines reichhaltigen Materials nachweisen. Auch der starke Preis zeigte, daß die hiesigen Arbeiter der Schuld drückt. Nur die Kleinhändler und Steinbauer haben einen Stundenlohn von 50 bis 65 Pf. Zu verdeutlichen, daß ein Teil der Arbeiter (Wegbauer) mit einer verkürzten Arbeitszeit seit Ausbruch des Krieges zu rechnen hat (im ersten Jahr zwei und jetzt eine Stunde pro Tag), haben diese einer Lohnausfall von mindestens 10 Mk. im Monat. Sie verdienen also mit der jetzigen Feuerungszulage noch nicht den Lohn, den sie vor dem Kriege hatten. Das hat zur Folge, daß der Arbeiter an der Lebensmitteln sparen und die weitere Folge ist Unterernährung. Ein schlecht ernährter Arbeiter kann auch für den Betrieb nicht das leisten, was heute allgemein gefordert wird. Einbringung wurde beschlossen, bei der Stadtverwaltung den Antrag auf eine weitere Zulage von 50 Pf. pro Tag zu stellen. Nachdem noch vom Meistert die Erfolge und die Leistungen unseres Verbandes besprochen und auf die Notwendigkeit einer starken Organisation hingewiesen wurde, auch der Notwendigkeit sowie die sozialdemokratischen Stadtverordneten ihrer Freunde über den guten Besuch Ausdruck gaben und legten die künftige Unterbringung in Aussicht stellten, waren 23 Resolutionsnahmen zu verzeichnen. Andere verstanden, bei der nächsten Lohnzahlung die Aufnahme zu vollziehen. Hoffen wir, daß auch die hiesigen Arbeiter in Sagen alle endlich die Notwendigkeit der Organisation begreifen und den Weg zu unserem Verbande finden.

**Seilbrunn.** Am 16. Januar hielt die Filiale ihre gut besuchte Generalversammlung bei Rath ab. Den Jahresbericht gab der Vorsitzende Hr. Wolf. Aus dem Bericht geht hervor, daß sich die Filiale gut gehalten hat. Bisher sind am hiesigen Ort 201 Mitglieder, darunter 11 weibliche; 70 Kollegen sind in Felde, geboren zwei. Die Leitung des Verbandes am hiesigen Orte hat in diesem Jahre Arbeit genug gehabt. Hauptfachlich haben der Arbeiterausdruck und unsere Organisation sehr gut miteinander gearbeitet. Kollege Mitarbeiter war bei den Versammlungen und Sitzungen anwesend. Zwei Eingaben haben wir wegen Feuerungszulage eingereicht, welche einen teilweisen Erfolg hatten. Der Bericht wurde freifällig aufgenommen. Kollege Bauer gab den Hassenbericht. Er fand als sehr gut bezeichnet. In der Kasse befinden sich 128,24 Mk., trotz der hohen Ausgaben der Filiale. Wiedergewählt wurden Hr. Wolf als Vorsitzender, Bauer als Kassierer und Hill als Schriftführer. Als Beisitzer fungieren Weilmann, Haberle, Weidemut und Schimmel. In Unteroffizieren wurden Hill und Seig wiedergewählt. Kollege Wolf versprach, auch in diesem Jahre seine volle Kraft für den Verband einzusetzen. Gauleiter Mitarbeiter hielt noch einen lehrreichen Vortrag über: „Verhältnisse der Gemeindearbeiter“. Der Vortrag fand beifällige Aufnahme.

**Kottbus.** Am 1. Februar tagte eine gut besuchte Mitglieder-Versammlung, in welcher Kollege Volkmann-Vorleser einen mit großer Aufmerksamkeit verfolgten Vortrag über die Aufgaben der Deutschen Gewerkschaften während und nach dem Kriege hielt. Unter Parteinonachschritten wurde besonders darüber gellacht, daß den Casararbeiten, die insoweit des Arbeitermandats mehr Wochenstunden und Sonntagsgarben leisten müssen, der hierdurch

erzielte Mehrerwerb auf ihr Jahreseinkommen angerechnet und die Feuerungszulage entzogen wird. Da die Hevermanns nun in einer Linie das im Interesse der Stadt liegen, veranlassen die Arbeiter es als Strafe, wenn ihnen nach Hevermann darüber die Feuerungszulage nicht gezahlt wird. Auch den insoweit längerer Mitarbeiter veränderten Arbeiter ist die Zulage für den betreffenden Monat nicht ausgezahlt. Die Arbeiter sind der Ansicht, daß die Schuld für solche heimliche Maßnahmen wohl bei der Stadtverwaltung zu suchen sind und nicht die Zustimmung des Magistrats finden können. Den Vorkommnissen in im hiesigen vorigen Jahre eine Zulage von 4,50 Mk. pro Monat bewilligt, die Feuerungszulage wird ihnen wohl deshalb vorenthalten. Die Stadtverwaltung wurde beauftragt, einen Antrag an den Magistrat zu richten und um Zahlung der Feuerungszulage für die Vorkommnisse zu ersuchen. Unter Vorkommnissen versteht man dem zum Decretes der eingezogenen Kollegen Ostbach: für seine persönliche Gehalt von 10 Mk. aus der Lokalfiliale bewilligt. Dieser wurde einstimmig bekräftigt, ab 1. März einen Lokalfilialbeitrag von 5 Pf. pro Woche zu erheben.

**Ludwigshafen.** Am 16. Januar fand im Lokal Köhner unsere ausgedehnte Generalversammlung statt. Unter Gauleiter Bäcker Straßburg wohnte der Versammlung bei. Kollege Ringel erläuterte den Jahresbericht. Nach demselben hat der Metallarbeiterbund im 1. jugenommen. An Stützstellen wurden 195 Mk., Anklamunterstützung 54 Mk., Arbeitsmittelunterstützung 120 Mk., Preisgaben 58 Mk., Wehrabgabenunterstützung 270 Mk., Mannschaftenunterstützung 20 Mk. ausbezahlt. Außerdem horten wir sonstige geldwerte Ausgaben. Trotzdem hat sich unser Massenbestand erhöht. Ge fallen ist ein Kollege und gehören die Frau eines unserer Kollegen. Im Felde haben 60 Kollegen. Eine Eingabe an die Stadtverwaltung ergab für Frau und jedes Kind unter 16 Jahren je 3 Mk. Feuerungszulage ab 1. Mai. Wenn die Zulagen für hiesige reiche Familien wohl annehmbar sind, so sind doch die eine Kinder und die Ledigen nicht weggelassen. In nächster Zeit soll eine Regelung des Arztes entzogen werden. Der während des Krieges entzogene Heber wurde zur Hälfte wieder bewilligt. Kollege Magan erläuterte den Hassenbericht vom letzten Quartal, derselbe wurde für richtig befunden. In der hierauf vorgenommenen Wahl wurden folgende Kollegen gewählt: Ringel erster, Engel zweiter Vorsitzender, Magan Kassierer, Hermann erster, Gehrig zweiter Schriftführer, Gahn Beisitzer, Hoff und Wild Beisitzer. Das Verhalten des Ortsdirektors Adrich wurde einer allgemeinen Kritik unterzogen. Das ganze Summen und Tradition dieses Herrn ist ansehnlich dahin gerichtet, die Arbeiter zu klandern. So sollen den Casararbeiten die Prozesse für Heberarbeiten und Sonntagsgarben entzogen werden. Wir hoffen bestimmt, daß unser sofortiges Eingreifen dies verhindern. Zum Schluss erläuterte Kollege Ringel die Kollegen, häufig zu kommen, denn die uns fernstehenden Kollegen für der Organisation anzuhören.

**Mannheim.** Am 21. Januar hielt unsere Filiale im Lokal zum Adenheimer der Generalversammlung ab, welche sich eines guten Besuchs zu erfreuen hatte. Den Bericht erläuterte Kollege Leder. Die Einnahmen betragen 11312,35 Mk., die Ausgaben 7025,81 Mk.; Hassenband 4286,54 Mk. In Unterhaltungen wurde verausgabt: Anklamunterstützung 811,75 Mk., Stützstellenunterstützung 400 Mk., Arbeitsmittelunterstützung 14 Mk. In Wehrabgabenunterstützung für die Familien der eingezogenen Mitglieder wurden bis 1. Januar ausbezahlt 1975 Mk. Die Mitgliederzahl betrug am Ende des Jahres 1330, davon sind zum Decretes der eingezogenen 716 Mitglieder. Gestaltete betrauern wir 24 Kollegen. Kollege Leder wird einen Rückblick auf das verfllossene Kriegsjahr, das große Lücken in die Reihen unserer Mitglieder und Verrenten: keine gerissen hat und nicht dem Wunsch Ausdruck, daß uns weitere Verluste erspart werden mögen und unsere dräuenden Kollegen recht bald gesund und volljährig zu uns zurückkehren zu gemeinsamen Wirken für die Interessen der hiesigen Arbeiter: schaft. Nachdem J. Bauer den Revisionsbericht gegeben, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Hierauf gab Gauleiter Bäcker Straßburg einen Überblick über die Entwicklung unserer Massenverhältnisse in der Gesamtorganisation sowie der Mitgliederbewegung. Aus dem vorgeragerten Zahlenmaterial ging hervor, wie stark unsere Massenverhältnisse durch den Krieg und die dadurch bedingten Einderufungen beeinträchtigt wurden und welche enormen Summen im verflossenen Jahre für Unterhaltungsprerogative aufgewandt sind. Er ermahnte die Kollegen, im neuen Jahre eine eifrige Agitation zu entfalten und die vielen Hunderte von Hilfsarbeitern, die in hiesigen Diensten der Organisation zuzuführen. Die bisherige Kassenhaltung wurde einstimmig wiedergewählt. Als Ertrag bei übermühter Einrückung des Kollegen Leder wurde J. Bauer gewählt. Mit dem Appell an die Kollegen, die Lücken, die uns der Krieg gerissen hat, durchzuführen neuer Mitglieder wieder auszufüllen, wurde die Versammlung geschlossen.

**Rosenheim.** Am „Göthaus zum deutschen Jäger“ tagte am 30. Januar die Generalversammlung der Filiale. In Verbindung des Vorsitzenden eröffnete Kollege Gochtailler die Versammlung und gedachte in warmen Worten der gefallenen Kollegen. Die Versammlung erob sich zum Gedächtnis der Trauer von den Tagen



